

# Umwälzung ohne Utopie Die Jahre von 1989 bis 1991 läuteten wissenschaftlich keine neue Ära ein

Jürgen Kocka

Die großen Zäsuren der Weltgeschichte werden mit zunehmendem Abstand gewichtiger: 1789, 1914 oder 1945 können als Beispiele dienen. Gilt das auch für die Zäsur von 1989/91, die in diesem Jahr ein Vierteljahrhundert zurückzuliegen beginnt?

Über die Jahrhunderte sind die tonangebenden Geschichtsdeutungen von den Vorstellungen mitbedingt gewesen, die die Historiker von der Zukunft hatten – auch wenn die nur bruchstückhaft, vage und implizit waren. So prägten beispielsweise Fortschrittserwartungen die zivilisationsgeschichtlichen Deutungen der Aufklärungshistoriker des 18. Jahrhunderts. Die Sehnsucht nach dem deutschen Nationalstaat strukturierte die primär nationalgeschichtlichen Interpretationen der borussischen Historikerschule des 19. Jahrhunderts. Die Vision oder doch Proto-Vision einer nachkapitalistischen Gesellschaftsordnung gab marxistischen Geschichtssynthesen Kraft und Halt. Und der hochgradig fragmentierende Zukunftsbegriff postmoderner Autoren spiegelte sich im späten 20. Jahrhundert in der Auflösung oder Abkehr von Geschichte als gedachtem Zusammenhang.

Die Zäsur von 1989/91 hat zweifellos manche Zukunftserwartung entkräftet und andere neu eröffnet. Francis Fukuyamas Aufsatz „Das Ende der Geschichte“ wurde zwar sofort kritisiert und später vom Autor selbst revidiert, aber seine Thesen wurden (und werden) häufig zitiert und ernst genommen, weil sie eine Zukunftserwartung formulierten, die zumindest im Ansatz 1989/91 weit verbreitet war: die Überzeugung, dass Staatssozialismus, totalitäre Diktatur und autoritäre Herrschaft verloren hatten, Marktwirtschaft und liberale Demokratie dagegen die Sieger seien, und zwar ein für alle Mal, weil sie stark genug sein würden, zukünftig „alle Widersprüche zu überwinden und alle Bedürfnisse zu befriedigen“, wie es Fukuyama formulierte. Insofern werde es keinen Krieg der Ideologien mehr geben. Damit aber gehe eine Geschichte zu Ende, für die ideologische Auseinandersetzungen immer zentral waren.

Hat die Zäsur 1989/91 auch das Denken der Historiker über Geschichte und ihre geschichtswissenschaftliche Praxis verändert?

Die Antwort fällt aus mehreren Gründen schwer: Erstens, weil nicht genau gewusst werden kann, wie sich das historische Denken und die Praxis der Historiker ohne jenen Umbruch entwickelt hätten; zweitens, weil in der Geschichtswissenschaft weltweit zugleich sehr viel Unterschiedliches geschieht; und drittens, weil 25 Jahre nach jener Zäsur deutlich wird, dass sie das Denken und die Praxis der Historiker weniger verändert hat, als man unter dem unmittelbaren Eindruck der turbulenten Ereignisse seinerzeit meinte.

Das Ende des institutionalisierten Kommunismus unter sowjetischer Hegemonie, die Wende in den inneren Verhältnissen Ostmittel- und Osteuropas und die Wiedervereinigung Deutschlands brachten selbstverständlich in der Geschichtswissenschaft Altes zu Ende und Neues hervor. Für die Historiker Deutschlands öffnete sich ein großes neues Aufgabengebiet. Das plötzliche Ende der DDR machte fast über Nacht einen umfangreichen, komplexen, bis dahin unzugänglichen Bestand an Akten und anderen Quellen zugänglich – etwas, das man sonst nur nach tiefen Kriegsniederlagen auf der Verliererseite kennt. Ohne die sonst

---

**Summary:** Initially, it seemed as if the transformations of the years 1989–1991 had created a fundamentally changed world order and a new perspective on the world; some even saw the “end of history” looming on the horizon. 25 years after the fall of the Berlin Wall, it is clear that while the change in thinking was substantial, it was not revolutionary. Unlike the great turning point of 1789, it did not unfold guided by a new utopia. Scholarship, too, did not see a shift of paradigms.

---

**Kurz gefasst:** Anfänglich schien es, als hätten die Umwälzungen der Jahre 1989 bis 1991 eine fundamental veränderte Weltordnung geschaffen und eine neue Weltsicht begründet, gar das „Ende der Geschichte“ eingeläutet. 25 Jahre nach dem Mauerfall ist deutlich, dass der geistige Wandel erheblich, aber nicht revolutionär war. Er vollzog sich nicht im Zeichen einer neuen Utopie – anders als die Zäsur von 1789. Auch in der Wissenschaft gab es keinen Paradigmenwechsel.

üblichen Schutzfristen bot sich das zerklüftete Innere von vier Jahrzehnten DDR in Form riesiger Aktengebirge den neugierigen Blicken der Historiker dar, die sich in großer Zahl auf das neue Arbeitsgebiet stürzten und in wenigen Jahren ein Bild von der Geschichte der DDR herstellten, das anders und in der Regel viel kritischer und düsterer war als die DDR-Bilder, die vorher in Ost und West existiert hatten.

Mittlerweile gehört die Geschichte der DDR zu den am besten untersuchten Phasen der deutschen Geschichte. In den Nachbarländern war der Bruch weniger grundsätzlich, die Erforschung der kommunistischen Jahrzehnte verlief stockender. Aber überall erfolgte die historische Aufarbeitung der kommunistischen Jahrzehnte in prinzipiell kritischem Geist und meistens unter diktatur- oder totalitarismushistorischen Fragestellungen, die im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts entwickelt worden waren.

Viel Neues, oft politisch Brisantes und für die gesellschaftliche Selbstverständigung Wichtiges hat sich daraus ergeben. Paradigmatische Wendungen und aufregende Theorieentwicklungen erkenne ich aber nicht.

In den Ländern des ehemaligen Ostblocks war bis 1989/91 der Marxismus-Leninismus mehr oder weniger verbindlich und zwingend gewesen, nach 1989/91 machten die Historiker von ihrer neuen Freiheit Gebrauch, indem sie sich meist von allen marxistischen Prämissen entfernten und meist strikt empirischen Studien ohne allzu viel Theorie verschrieben, meistens im nationalgeschichtlichen Rahmen, mit der politischen Geschichte als Kern. Doch die Vielfalt war groß, die Ernte reich, und in Deutschland entwickelte sich die mit viel öffentlichen Mitteln geförderte historische DDR-Forschung rasch zu einem großen Sondergebiet, dessen Einbeziehung in den Langzeitverlauf der deutschen und in den großen Zusammenhang der europäischen Geschichte in den letzten Jahren ebenfalls gewisse Fortschritte macht.

So wie der Zusammenbruch des Sowjetimperiums zwischen 1989 und 1991 realhistorisch zu einer spektakulären Bestätigung des Nationalstaatsprinzips geführt hat – mit einer Zunahme der Zahl selbstständiger Nationalstaaten, mit einem Zugewinn an nationaler Souveränität und Identität in Mittel-, Ost- und Südosteuropa –, so trug die Zäsur in der Geschichtswissenschaft zu einer Stärkung des ja ohnehin seit dem 19. Jahrhundert dominanten nationalgeschichtlichen Zugriffs bei. Dieser Trend hatte viele Gesichter, aber insgesamt war er doch eine Bekräftigung der Tradition, ein Rückgang zur Konvention, jedenfalls für eine Weile. Es gab dann aber auch Gegentendenzen: Blicke und Zugriffe über den nationalgeschichtlichen Rahmen hinaus, und das hing ebenfalls direkt oder indirekt mit der Zäsur von 1989/91 zusammen.

Die West-Ost-Teilung des Kontinents in den Jahrzehnten des West-Ost-Systemkonflikts hatte nicht nur die Politik, sondern andere Lebensbereiche ebenso strukturiert wie die Praxis und das Denken der Historiker. Für meine Kohorte von Sozialhistorikern bedeutete dies beispielsweise, dass wir in der Regel deutsche Verhältnisse mit entsprechenden Verhältnissen in westlichen Ländern auf Ähnlichkeiten und Unterschiede hin untersuchten, sofern wir vergleichend arbeiteten. Wir blickten nach Westen. Die meist selbstkritische These vom Deutschen Sonderweg war ein Produkt dieser Westorientierung, denn die deutschen Eigenarten, Schwächen und Defizite, die als Aspekte eines Deutschen Sonderwegs identifiziert wurden, ergaben sich als deutsche Besonderheiten aus dem Vergleich mit England, Frankreich, USA und anderen westlichen Ländern: späte Nationalstaatsbildung, Schwächen des Liberalismus, das Scheitern der Demokratie und das Umkippen in die Diktatur Anfang der 1930er Jahre. Diese deutschen Spezifika hätten sich nicht aus einem Vergleich mit östlichen Nachbarländern ergeben. Folgerichtig übersetzten manche Autoren den Deutschen Sonderweg mit „German divergence from the West“.

Mit dem Fall des – schon vorher durchlöchernten – Eisernen Vorhangs 1989/91 änderte sich das. Der östliche Teil Europas rückte uns näher, der Blick auf Europa als Ganzes öffnete sich. Auch das entsprach realhistorischen Verläufen, hatte doch der Kampf fröhlicher ostmitteleuropäischer Dissidenten gegen Diktatur und sow-

jetische Hegemonie „Zurück nach Europa“ gelautet. Und bald sollte die Europäische Union sich entschieden nach Osten und Südosten erweitern. Jedenfalls wurde das östliche Europa von Historikern nunmehr auch jenseits der kleinen Zunft der Osteuropa-Historiker (die sich damit immer befasst hatten) verstärkt zur Kenntnis genommen. Man verglich deutsche Dinge nun häufiger mit Entsprechungen in West- und in Osteuropa, gerade in Berlin.

Die These vom Deutschen Sonderweg ist in den letzten beiden Jahrzehnten verblasst, wohl auch aus diesem Grund. Die historische Komparatistik wurde reicher, die Geschichte Europas vollständiger, das Ende der Teilung zwischen West und Ost führte hier zu geschichtswissenschaftlichen Fortschritten, aber vieles bleibt zu tun.

Indirekt hat die Zäsur auch den Aufstieg der Globalgeschichte gefördert. Denn mit dem Ende des großen Ost-West-Systemgegensatzes, der die Politik und die gesellschaftlichen Verhältnisse, aber eben auch das Denken und die Sehpunkte der Historiker jahrzehntelang geprägt hatte, wurden die Köpfe freier. Sie wurden aufnahmefähiger für andere Spannungslinien, die auch vorher nicht unbekannt waren, nun aber verstärkt ins Bewusstsein traten und die Koordinatensysteme der Historiker zunehmend prägten. Ich meine die globalen Nord-Süd-Spannungen, unter anderem die Folgen von Kolonialisierung und Dekolonialisierung, postkoloniale Debatten und Theorien. Mit dem Ost-West-Gegensatz wurden festgefügte Blockierungen beendet, die die Öffnung zu solchen globalgeschichtlichen Fragen gebremst hatten. Auch die real beschleunigte Globalisierung verstärkte den Anreiz für Historiker, sich globalgeschichtlichen Fragen und Experimenten zu widmen.

Die Umbrüche von 1989 bis 1991 konfrontierten Sozialhistoriker wie mich mit weiteren – methodischen – Herausforderungen. Die Umbrüche enthüllten das große Gewicht politischer Veränderungsfaktoren, relativ zu sozialen und wirtschaftlichen. Sie führten am Beispiel Gorbatschow vor Augen, welche zentrale Rolle einzelne Personen in gesellschaftlich-politischen Krisensituationen spielen können. Sie machten unübersehbar deutlich, wie problematisch es wäre, von einem generellen Primat der Innenpolitik auszugehen. Denn die Beziehungen zwischen den Staaten, grenzüberschreitende Wahrnehmungen, internationale Machtverschiebungen waren für die Zäsur 1989/91 immens wichtige Faktoren. Die eklatante außen-, außenwirtschafts- und militärpolitische Schwächung der Sowjetunion hatte zwar viele innenpolitische und ökonomische Gründe. Sie zeigt aber exemplarisch, wie stark die innenpolitischen und sozialen Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa durch Veränderungen des internationalen Mächtesystems bedingt waren und sich mit diesem änderten. Soweit Wirtschafts- und Sozialhistoriker noch in den 1980er Jahren dazu tendierten, innere und äußere Politik vor allem als Funktionen sozialer Prozesse im Innern der von ihnen untersuchten Gesellschaften zu begreifen, wurden sie von dieser Einseitigkeit nun geheilt, sofern sie sich der Erfahrung stellten, die der Umbruch von 1989/91 bereithielt. Wir wurden gegenüber allgemeinen Formeln skeptischer und zogen uns, in generellen Aussagen, auf die Denkfigur eines historisch variablen Wechsel- und Bedingungsverhältnisses zwischen sozialen und politischen Veränderungsdimensionen wie zwischen innerer und äußerer Politik zurück, sofern wir uns nicht schon vorher entsprechend positioniert hatten, beispielsweise in der Tradition Max Webers.

Das hing zweifellos mit dem Niedergang marxistischen Denkens zusammen, ein Niedergang, der mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und des dort verbindlichen Marxismus-Leninismus beschleunigt wurde. Aber einerseits hatte die Attraktivität marxistischer Deutungsmuster schon lange vor 1989/91 nachgelassen. Andererseits wurden und werden marxistische Deutungsmuster in nicht dogmatischer Form auch noch nach der Zäsur von 1989/91 genutzt. In postkolonialen Diskussionskontexten haben marxistische Argumente weiterhin großes Gewicht. Als Thema historischer Untersuchungen und Darstellungen gewinnt neuerdings der Kapitalismus erheblich an Bedeutung und damit werden auch marxistische Begriffe wieder wichtiger. Marxistische Theorieangebote bleiben unersetzbar. Der Effekt der Zäsur für den Niedergang des Marxismus erweist sich als begrenzt.



Jürgen Kocka war von 2001 bis 2007 WZB-Präsident. Der emeritierte Professor für die Geschichte der industriellen Welt an der Freien Universität Berlin ist heute Permanent Fellow am Internationalen Geisteswissenschaftlichen Kolleg „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive“ der Humboldt-Universität zu Berlin. (Foto: David Ausserhofer)

[juergen.kocka@wzb.eu](mailto:juergen.kocka@wzb.eu)

Dieser Artikel beruht auf dem Vortrag, den Jürgen Kocka am 18. Juni 2014 bei den 18. Berlin Roundtables on Transnationality gehalten hat. Zehn Jahre lang veranstaltete die Irmgard Coninx Stiftung die Roundtables gemeinsam mit dem WZB und der Humboldt-Universität zu Berlin. Mit der diesjährigen Konferenz hat die Irmgard Coninx Stiftung ihre Arbeit abgeschlossen.

Der Umbruch von 1989/91 leitete Wasser auf die Mühlen der Modernisierungstheorien, die von Historikern immer wieder zur Strukturierung ihrer Befunde benutzt wurden und werden, besonders in Synthesen zur neueren und neuesten Geschichte. Denn 1989/91 schien sich zu bestätigen, was Modernisierungstheoretiker seit Max Weber und Talcott Parsons, Barrington Moore und Wolfgang Zapf immer wieder behauptet hatten, nämlich: dass langfristig Marktwirtschaft, offene Gesellschaft, Verfassungs- und Rechtsstaat sowie kultureller Pluralismus zusammengehören, sich gegenseitig bedingen und stärken und – im Paket – konkurrierenden Alternativen überlegen sind. Aber zu einem allgemeinen Durchbruch modernisierungstheoretischen Denkens hat das nicht geführt. Die Kritik an ihm blieb und bleibt stark: an seinem pro-westlichen Bias, seinem begrifflichen Schematismus, seiner angeblichen Blindheit für Widersprüche, Alternativen und Vielfalt. Shmuel Eisenstadts Denkfigur der „multiple modernities“ versuchte, dem Rechnung zu tragen, jedoch um den Preis weitgehenden begrifflichen Substanzverzichts. Auch auf diesem Gebiet ist vieles im Fluss.

Die Zäsur von 1989/91 hat das Denken und die Praxis der Historiker beeinflusst. Aber zu einem deutlichen Trend- oder Paradigmenwechsel des historischen Denkens, Forschens und Darstellens hat jener Umbruch nicht geführt. Die Wirkung jener Zäsur bleibt insofern begrenzt. Das wird aus der zeitlichen Distanz von fast 25 Jahren sehr deutlich – in Korrektur einer übertriebenen Erwartung, die manche von uns in jenen Umbruchsjahren gehegt haben mögen.

Im Grunde sollte das nicht verwundern. Anders als die Revolutionen von 1789 oder 1917 war die Umwälzung von 1989/91 nicht mit einer neuen Utopie, nicht mit einer Vision der zivilisatorischen Neugestaltung, nicht mit einem neuen Wirklichkeitsentwurf verbunden. Deshalb zögern auch viele, im Rückblick von einer Revolution zu sprechen. Im Kern ging es um die Durchsetzung bereits vorher formulierter Grundsätze in einem Teil der Welt, der sich ihnen bis dahin versperrt hatte. Am ehesten handelte es sich um eine „nachholende Revolution“ (Jürgen Habermas). Zwar wirkte sie vielfältig auch über die Großregion hinaus, in der sie stattfand. Aber eine neue Weltdeutung hat sie nicht hervorgebracht. Der kurzfristig aufscheinende Glaube, mit dieser Zäsur sei das Ende bisheriger Geschichte erreicht worden, erwies sich schnell als Täuschung. In der Geschichtswissenschaft hat die Zäsur nicht zu neuen Paradigmen und neuem Konsens, sondern zu einzelnen Fortschritten und im Übrigen zu mehr Vielfalt und Skepsis beigetragen.

#### **Literatur**

*Iggers, Georg G./Wang, Edward Q./Mukherjee, Supriya: Geschichtskulturen. Weltgeschichte der Historiographie von 1750 bis heute. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2013, S. 337–357.*

*Kocka, Jürgen: 1989. Eine transnationale Revolution und ihre Folgen (= Willy-Brandt-Vorlesung 2009). Warschau: Friedrich Ebert Stiftung 2009.*

*Wiersching, Andreas: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit. Zweite Auflage. München: C.H. Beck Verlag 2012.*